

Anzug ersetzt Bomberjacke und Springerstiefel

Pro aktiv gegen rechts sensibilisiert für Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit – Kostenlose Beratung für Betroffene

VON ANNA OZIMEK

BREMERHAVEN. Das Kind hört Musik mit fremdenfeindlichen Texten und trägt plötzlich nur bestimmte Kleidungsmarken. Jemand schmiert auf der Schulmauer rechte Parolen. Ein ausländischer Mitarbeiter erhält per betriebsinterne Post anonyme Drohbriefe. Für Eltern, Lehrer, Arbeitgeber oder Menschen, die in solchen Fällen selbst betroffen sind, gibt es in Bremerhaven seit fünf Jahren die mobile Beratungsstelle „Pro aktiv gegen rechts“.

Das Schwierigste sei oft, das auffällige Verhalten richtig zuzuordnen. Denn Springerstiefel und Glatze seien längst passé. „Das Bild des Rechtsextremismus hat sich in den letzten Jahren extrem verändert“, sagt Isabell Stewen, „Anzug und Krawatte passen viel besser in die Mitte der Gesellschaft als Bomberjacke.“ Auch die Sprache und das Verhalten, die rechte Gesinnung ausdrücken, seien unauffälliger geworden. „Das ist ein gezielter Versuch, in allen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten, Anklang zu finden“, so die Sozialpädagogin.

Stewen ist in Bremerhaven im Rahmen des landesweiten Netzwerks Pro aktiv gegen rechts für die mobile Beratung in Fragen



Gegen rechte Tendenzen gilt es frühzeitig aktiv zu werden. Bei der Beratungsstelle „Pro aktiv gegen rechts“ können sich Eltern, Lehrer, Arbeitgeber oder andere Betroffene beraten lassen.

Foto Schilmanke

zum Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zuständig. Ob in der Laufgruppe, im Sportverein, in der Schulen oder am Arbeitsplatz – solche Tendenzen im Alltag zu erkennen, sei heute oft schwer, weiß die Beraterin. „Diese Menschen zeigen heute nicht sofort und offensiv ihre Gesinnung, sondern gewinnen zunächst das Vertrauen ihrer Umgebung“, so Stewen, „sie sind wie der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz.“ Zum Beispiel, indem sie sich in Elterngremien einer

Schule oder in sozialen Einrichtungen stark engagierten.

„Einstellungen, die fremden- oder menschenfeindliches Potenzial haben, finden sich nämlich überall wieder“, sagt Stewen. Und eben darauf haben es die modernen „Rechten“ abgesehen. Als Beispiel nennt Stewen den Fall eines Bremerhavener Sexualstraf Täters, der wegen schweren Kindesmissbrauchs verurteilt wurde. 300 Hafendarbeiter weigerten sich im Sommer, nach der Verbüßung des Großteils seiner Strafe, mit

dem Mann wieder zusammenzuarbeiten. Der Streik der Belegschaft wurde sowohl vom Betriebsrat als auch von der Geschäftsführung mitgetragen.

„Die NPD Bremen hat den Fall gleich aufgegriffen und auf ihrer Homepage veröffentlicht“, so Stewen, „es war ‚gefundenes Fressen‘ für ihre populistische Kampagne ‚Todesstrafe für Kinderschänder‘ gewesen.“ Dieser Fall mache deutlich, wie fließend der Übergang zum Rechtsextremen oder zu menschenfeindlichen Meinungen und Verhalten in der Mitte der Gesellschaft sein kann.

Insbesondere bei starker emotionaler Beteiligung sind daher Sensibilisierung und klar definierte demokratische Werte wichtig. Vor diesem Hintergrund wurden vor fünf Jahren im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bundesweit Beratungsnetzwerke initiiert. Die Beratungsstelle für Bremen und Bremerhaven wird voraussichtlich bis Ende 2014 aus dem Topf des Programms finanziert.

Wie notwendig die Einrichtung in der Stadt ist, sieht man zwar selten im Stadtbild, aber: „Bremerhaven zeigt konstantes Wählerpotenzial für rechte Parteien“, so Stewen, „und wir helfen dabei,

rassistische oder fremdenfeindliche Zeichen, Strukturen oder Verhaltensweisen einzuordnen“. Familien oder Nachbarn erfahren dabei, wie sie mit solchen Einstellungen umgehen können. Schulleiter oder Firmenchefs können auf das „Mobile Interventions-team“ aus Netzwerk-Experten zurückgreifen. Die Beratung erfolgt kostenfrei, vertraulich oder nach Wunsch auch anonym.

Außer der Beratung in konkreten Fällen, telefonisch oder nach Terminvereinbarung vor Ort, gehören auch Vorträge an Schulen oder (Stadtteil)konferenzen zu den Aufgaben der Beratungsstelle. Darüber hinaus entwickelt Stewen auch Informationsmaterialien – wie die Gastronomie-Broschüre „Rechtsextremist/innen nicht auf den Leim gehen“.

Pro aktive gegen rechts

Was: Mobile Beratungsstelle für Bremen und Bremerhaven

Telefon: 0421/36 11 56 72

E-Mail: pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.bremen.de

Beratungszeiten: Telefonisch montags bis freitags von 10 bis 14 Uhr; Termine vor Ort nach vorheriger Vereinbarung möglich

Kosten: Die Beratung ist kostenfrei